

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Preis-Aufgabe 16,400.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2, halbjährlich 8 1/2, jährlich 16 1/2. Durch die Post bezogen 6 1/2. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegblätter 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbeförderung 25 Pf. mit Postbeförderung 45 Pf.

Inserat 5 Ggr. Per Zeile 20 Pf. Mehrere Zeilen laut unserem Preisverzeichnis. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postvorschuß.

Reklamen unter dem Rubricationszeichen die Spalte 40 Pf. Mehrere Zeilen laut unserem Preisverzeichnis. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postvorschuß.

Ersteinst täglich

früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition

Johannisstraße 33.

Verantwortlicher Redaction:

Berlin, den 21. September 1880.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

Redaction: 10-12 Uhr.

Redaction: 4-6 Uhr.

No 290.

Dienstag den 21. September 1880.

74. Jahrgang.

Zu genauer Nachachtung bringen wir hierdurch die Vorschriften: daß jeder ankommende Fremde, welcher hier übernachtet, am Tage seiner Ankunft, und wenn diese erst in den Abendstunden erfolgt, am andern Tage Vormittags von seinem Wirthe bei unserem Fremden-Bureau anzumelden ist, diejenigen Fremden aber, welche länger als drei Tage hier sich aufhalten, Nummernbescheinigung zu lösen haben, Erinnerung und bemerken, daß Vernachlässigungen derselben mit einer Geldbuße von 15 Mk oder verhältnißmäßiger Haftstrafe geahndet werden würden. Leipzig, am 19. September 1880.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Dr. Räder. Wagner, S.

Städtische Gewerbeschule zu Leipzig.

Die Studien im Winterhalbjahre 1880/81 beginnen: Freitag den 1. October cr. der Tageskursus früh 8 Uhr und der Abendkursus um 7 Uhr. Anmeldungen zur Aufnahme in die Gewerbeschule nach Maßgabe des §. 7 der Schulordnung werden im Unterzeichneten im Schulgebäude, Grimmaischer Steinweg 17/18, in der Zeit von 11-12 Uhr Vormittags entgegen genommen. Leipzig, am 18. September 1880.

Der Director:
Rieper.

Das Reichstagsgebäude.

Wer jemals den blühenden Rothbau des Reichstagsgebäudes in der Leipziger Straße zu Berlin gesehen hat, der wird sich des Eindruckes nicht erheben können, daß das bis zur Stunde noch von dem Reichstagsbaukommissionar bestehende Provisorium der Reichstagsgebäude keineswegs entspricht. Die endliche Errichtung eines Parlamentsgebäudes in monumentaler Weise eines Kunstbaues, welcher der Welt in die Augen fällt und die Neubegründung des Reiches gewissermaßen verkörpert, ist eine nationale Ehrenpflicht geworden. Alle Versuche diesen Gedanken zur Ausführung zu bringen, sind bis jetzt gescheitert.

Allen Anschein nach wird aber der Reichstag der bevorstehenden Session auf Reise mit der Frage des Reichstagsgebäudes befaßt werden, und zwar mit einer Wiederholung des im vorigen Jahre abgelehnten Vorschlags, nach welchem der Bau auf dem Terrain des Königsplatzes (gegenüber dem Königsplatz) errichtet werden sollte.

Ein Berliner Correspondent will nun wissen, daß der Reichstag diesen Plan wiederum vorzuziehen werde, die Jinsen des für ein Reichstagsgebäude niedergelegten Fonds einzuweisen anderweitig zu verwenden. Das letztere beruht, wie man uns schreibt, auf einem groben Irrthum, da diese anderweitige Verwendung im Reichstagsbudget bereits seit einigen Jahren erfolgt. Bekanntlich ist der Reichstagsgebäudefonds in Höhe von 24 Millionen Thaler (24 Millionen Mark) seiner Zeit aus der französischen Kriegskostenentschädigung zurückgehalten worden. Nach dem Gesetze vom 1. Juli 1873 wurden diese 24 Millionen Thaler in 10 Jahren abbezahlt und die Jinsen sollten zum Capital schlagen werden. Da indeß in den folgenden Jahren eine Einigung über den Platz für das Reichstagsgebäude nicht erfolgte, indem die Regierung immer von Neuem das Terrain des Königsplatzes in Vorschlag brachte, der Reichstag aber diesen Plan ebenso consequent ablehnte, so mußte es nachgerade widerständig erscheinen, den von Anfang an bereits recht reichlich bewilligten Fonds noch alljährlich durch die aufzunehmenden Jinsen zu verfrachten, und so wurde in dem Gesetze vom 11. Mai 1877 bestimmt, daß die Jinsen fortan dem Fonds nur insoweit zuzuwachsen seien, als über dieselben nicht durch den Reichstagsbaukommissionar des betreffenden Jahres zur Verteilung anderer Ausgaben Bestimmung getroffen wird.

Seitdem werden die Jinsen in ihrem vollen Betrage — im Etat für 1880/81 beläuft sich der Betrag auf 1,324,862 Mark — zur Deckung der Reichsaufgaben verwendet. Wie in diesem Punkte, dürfte die oben erwähnte Angabe aber auch in der Annahme irrig sein, daß der Vorschlag wegen des Königsplatzes Terrain abermals werde verworfen werden. Bekanntlich hatte der Reichstag im des vorigjährigen Entwurfs eine Resolution angenommen, durch welche der Reichskanzler ersucht wurde, Ermittlungen über die Frage zu veranlassen, ob sich der sog. Königsplatz für das Reichstagsgebäude eigne. Ein abschließendes Urtheil über den Königsplatz ist also keineswegs abgegeben worden. Auch war der einmalige Ausgang der Sache nicht weniger als klar.

Die Resolution, von dem Abg. Aug. Reichensperger eingebracht, kam nur dadurch zur Annahme, daß schließlich die Freiconservativen aus unbekanntem Grunde nach dieser Seite umschwanken und die Nationalliberalen, welche sich durchwegs für die Königsplatzfrage einsetzten, im Stich ließen. Daß die gleiche Constellation sich demnächst wieder-

holen sollte, ist, besonders wenn es die Regierung an erstem Nachdruck nicht fehlen läßt, schwerlich anzunehmen. Und wahrlich, es ist Zeit, daß die Reichstagsbaufrage endlich zur Ruhe kommt! Die Sache hat ihre eminent nationale Bedeutung. Haben wir nicht in ultramontanen und ähnlichen „Volksblättern“ schon widerholt das Scheitern dieser Parlamentsbaupläne als ein Symptom von der geringen Zuversicht in die Dauer des neuen Reiches bezeichnet? Es ist nahegerade zu einer nationalen Ehrensache geworden, auch ganz abgesehen von den in der Mangelhaftigkeit des provisorischen Reichstagsgebäudes liegenden Gründen, den Vertretungen des deutschen Volkes und der deutschen Fürsten endlich ein würdiges Heim zu schaffen. Ein durchschlagender Grund gegen den Königsplatz ist überhaupt nicht geltend gemacht worden. Man wird demnach erwarten dürfen, daß, wenn die Regierung mit diesem Vorschlage wiederkehrt, auch der Reichstag ihn nicht von der Hand weisen wird. Würde diese ernste Angelegenheit endlich aufgehoben, die Zielsetzung des Reichstagsbaukommissionars und das Gespött des Auslandes zu sein!

Politische Uebersicht.

Leipzig, 20. September.

Die neue liberale Gruppe, die noch immer namenlos zwischen der Fortschrittspartei und der Nationalliberalen und nur gedeutet durch die Autorität der Herren Pastor, Jordan und Baumbach, hin und her schwankt, ist den Herren Eugen Richter u. S. noch lange nicht entschieden genug. Das Beste wird dabei von der Zukunft erhofft. So findet besonders der Plan der Begründung der „großen liberalen Partei“, welche die SeceSSIONisten auf dem Wege der Heterogenität der national-liberalen Partei anstreben, auf Seiten der Fortschrittspartei keinen rechten Beifall. Die fortschrittliche Presse bestimmt sich gegen jener Bewegung jetzt wohlwollend, aber doch kühl zurückhaltend. Sie wird es den Ausgeschiedenen so leicht nicht vergeben, daß sie jetzt erst die „sittliche Nothwendigkeit“ erkannt haben, aus der Partei auszutreten, nachdem sie derselben lange Jahre ohne Gewissensbedenken angehört hatten. Die Frage der „Großen liberalen Partei“ hat dieser Tage auch eine Versammlung des fortschrittlichen Königsberger Wahlvereins erörtert und sich dahin ausgesprochen, daß ein Aufgehen der einzelnen Parteien innerhalb der großen Klasse der Liberalen, insbesondere das Aufgehen der Fortschrittspartei in einer solchen einzigen liberalen Partei gar nicht wünschenswert wäre. „Eine große liberale Partei“, äußerte sich ein Redner unter dem Beifall der Versammlung, „brauchen wir nicht; sie wäre auch gar nicht erspriechlich, denn es würden sich in dieser Partei bald Meinungsverschiedenheiten geltend machen, welche ihr einheitliches Wirken ebenso beeinträchtigen müßten, wie wir es in der national-liberalen Partei gesehen haben, wie wir es auch gesehen haben in der Fortschrittspartei, als diese früher im Landtage zu einer großen Zahl angewachsen war.“ Diese Bemerkungen scheinen etwas Zutreffendes zu enthalten. Sie rechtfertigen und erklären es auch, warum in einer so großen Partei, wie die national-liberalen, gewisse Meinungsverschiedenheiten bestanden. Eine so harte Ueberstimmung in allen und jeden politischen und wirtschaftlichen Fragen, wie sie von den SeceSSIONisten gewünscht wird, freilich aber nicht einmal in ihren eigenen blühenden Reihen besteht, kann höchstens in einer einzigen Gruppe herrschen, wie die ausgeschiedenen Liberalen und auch die allseitig unfeindliche Fortschrittspartei eine sind. Beide haben mit jener Forderung ihrem Wachstum selbst die Schran-

ken gesetzt. Wo danach die „liberale Gruppe“ das Material hernehmen will, um zu einer großen liberalen Partei anzuzuwachsen, ist gänzlich unerschindlich!

Was auch immer die Beweggründe gewesen sein mögen, welche den Fürsten Bismarck bestimmten, nach dem Abgange Hofmann's sich selbst an die Spitze des preussischen Handelsministeriums zu stellen, alle diejenigen, welche einen Einblick in das gegenwärtige Geschäftsgetriebe dieser Behörde zu gewinnen vermochten, stimmen, wie man uns aus Berlin schreibt, dahin überein, daß der neue Chef sich mit einem ungläublichen Eifer und anscheinend unermüdetlicher Kraft in die Arbeiten des ihm bis dahin fremden Ressorts gestürzt hat. Dabei verschlägt es nicht, daß sein Aufhaltort einige Dutzend Meilen von seinem Amtssitze entfernt ist. Derselben fliegen zwischen den beiden Punkten hin und her, und ganze Stöße von Akten werden nach Friedrichshagen borbort, um dem neuen Minister als Material bei der Ausarbeitung seiner Pläne und Vorträge zu dienen. Aus Mangel an Schreibkräften, die ihm auf dem abgelegenen Landstuhle nicht in demselben Maße zu Gebote stehen wie am Orte der Geschäftsbefolgung, besorgt der Fürst persönlich viele Arbeiten, die er sonst seinem Bureaupersonal zu überlassen gewohnt war, aber vielleicht ist es gerade seine Absicht, sich gründlich in den neuen Dienst einzuarbeiten und die Geschäfte von unten auf kennen zu lernen. Der Reichskanzler ist sehr gestreift aus dem Bude zurückgekehrt und sät sich gegenwärtig wohlher und arbeitsföhiger als seit Jahren; aber bei diesem Uebermaß von Leistungen wäre es nicht unnatürlich, wenn über Lust oder lang ein Rückschlag eintrete und die Kräfte dem Fürsten wieder einmal für geraume Zeit strengste Enthaltensamkeit von derartigen Bureauarbeiten verordnen. In diesen glaubte er sich ja auch von Jugend auf am wenigsten geschlagen und die Briefe aus den fünfziger Jahren sind von Klagen erfüllt, wenn er einmal länger als gewöhnlich an den Schreibtisch gesesselt worden war. Wenn man nun fragt, welches Project denn hauptsächlich dem Reichskanzler vorkäme, als er den Entschluß faßte, die Leitung des preussischen Handelsministeriums in eigener Person zu übernehmen, so gewinnt es mehr und mehr den Anschein, als wenn die Verstaatlichung des Versicherungswesens das Ziel wäre, welchem er gegenwärtig mit allen Kräften nachstrebt. In früheren Zeiten gab es im preussischen Ministerium einen Mann, der auf diesem Gebiete besonders competent war, den jetzigen Geheimen Oberregierungsath Jacobi in Posen, den bekannten Abgeordneten, der aber schon im Jahre der Prebordonnanz (1863) sich genöthigt sah, seine Stellung als vortragender Rath aufzugeben. Es ist noch nicht bekannt, welcher Mitarbeiter Fürst Bismarck bei Ausarbeitung und Ausführung seines neuesten Planes hauptsächlich bedienen wird.

Ueber die Koburger Conferenzen, welche ja in schärfer Harmonie verlaufen sein sollen, wußte die „Frankfurter Zeitung“ noch nachträglich zu melden, daß auf besonderes Drängen des preussischen Finanzministers Bitter eine übereinstimmende Erklärung protokolliert worden ist, die auch den Einzelmitgliedern zugehen solle, der zufolge die unter Umständen vom Reichstage zu bewilligenden neuen indirecten Steuern zur Entlastung der directen Steuern in den einzelnen Bundesstaaten verwendet werden sollen. Diese Erklärung hat jedenfalls nicht absolut bindende Kraft. Special denkt namentlich die bairische Finanzverwaltung gar nicht daran, das Princip der Herabsetzung directer Steuern sich zu eigen zu machen. Die bairischen Steuergeese-Entwürfe, welche die dortigen Kammerauschüsse im nächsten Monat beraten werden, streben im

Gegentheil die Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer an und stehen somit dem Standpunkte des Fürsten Bismarck sehr fern. Willkürlich bemerkt, bezwecken die Vorlagen übrigens eine kleine Erhöhung der Steuer-Einnahmen. Offenbar ist man also in Baiern nicht sehr besorgt, daß die Einzelstaaten durch die ihnen zuzuführenden Ueberlässe aus den indirecten Reichsteuern in besondere „Reichthums-Verlegenheit“ gerathen werden.

Am Sonnabend trat in Brunn die zweite verfassungstreue Parteiversammlung dieses Jahres der liberalen Deutsch-Oesterreicher, der deutsch-mährische Parteitag, zusammen, um über die bedrängte und schwierige Lage zu beraten. Die Wiener „N. F. Z.“ begleitet diese Versammlung mit ihren wärmsten Glückwünschen und bringt auf ein möglichst enges Aneinanderschließen aller deutschen Elemente in den verschiedenen Kronländern. Das Blatt schreibt: „Nachdem einmal die Ueberzeugung von der Solidität aller liberalen Deutsch-Oesterreicher feststeht, bedürfte es nur eines Anstoßes aus der Mitte der einzelnen Gruppen, um die Vereinigung derselben zu einer Gesamtpartei alsbald zu vollziehen. Die Verfassungspartei hat, was auch ihre Gegner sagen mögen, tief: Wurzeln in der Bevölkerung. Das gesammte Bürgerthum, der Besitz, die Intelligenz, die Arbeit stehen fest zu ihr; was sie an Boden verloren hat, das verlor sie, weil sie ihre Kraft nicht anzuwenden verstand und weil sie aus Mangel an einer einheitlichen Organisation bald den harten Dogmatikern und bald den maitheiligen Opportunisten zu großen Spielraum gewährte. Laßt sie erst sich selbst wiederfinden, laßt sie unter dem Drucke feindseliger Gewalt die zahllosen Vertilgungspunkte wieder erkennen, die in einer Periode der Disciplin- und Bittelslosigkeit sich verwickelten, laßt ihre Glieder sich wieder fest aneinander schließen, und sie ist nicht bloß unüberwindlich in der Opposition, sondern auch wieder, was sie war, die allein regierungsföhige Partei in Oesterreich.“

Herr von Barnbüler ist nunmehr auch der russischen Presse verfallen und in Petersburg förmlich in Acht und Bann gehalten worden. Als Antwort auf eine Rede vor seinen Wählern in Ludwigsburg bringt der officiöse „Bereg“ einen Artikel, der wie folgt schließt:

Wenn der Redner aber Frankreich im Auge hatte, so beleidigen seine Worte im höchsten Grade den früheren französischen Minister Biddington und enthalten schwere gegen denselben gerichtete Verleumdungen. In politischen Angelegenheiten gilt Bewahrung des Staatsheimnisses als erste und heiligste Pflicht jedes ehrlichen, sich selbst achtenden Staatsmannes. Und doch stellt Herr von Barnbüler Herrn Biddington in der erniedrigenden Rolle eines Mannes dar, der in treuhänderischer Weise dem Fürsten Bismarck die Geheimnisse der russischen Vorschläge verräth. Eine solche Verleumdung, die den französischen Minister in einem so ungünstigen Lichte darstellt, wird wohl aller Ehrföhlichkeit nach von betrreffender Seite nicht unbeachtet bleiben. Wenn eine dem Fürsten Bismarck nahestehende Person diese Verleumdung in der gemeldeten Form ausgesprochen hat, so drängt sich sehr fast die Vermuthung auf, es habe die Absicht vorgeleuchtet, in den Enthaltungen das frühere französische Ministerium in seiner ganzen Charakterlosigkeit darzustellen. Ueberdies haben wir in unseren Beziehungen zu Frankreich wohl kaum je die Grenzen der politischen Höflichkeit überschritten. Wir wissen nicht, inwiefern Herr von Barnbüler seine Eingebungen von Oben erhält; und sehr jedoch die Thatfache in Erfahrung, daß ein früherer Minister, gegenwärtig Mitglied des deutschen Reichstages, in einer öffentlichen Rede böswillige Insinuationen verbreitet, die von der uns feindselig gesinnten Presse nicht mit Bereitwilligkeit ausgebeutet werden können, um in europäischem Publicum Mißtrauen gegen die Aufrichtigkeit in Oe-